Aktuelle Themen und Nachrichten aus dem

EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Petra Kammerevert, MdEP

NEWSLETTER

© Europäisches Parlament

NEU! Infobrief der Europaabgeordneten Petra Kammerevert | **AUSGABE:** Nr. 5 - Juli 2017

Europa neu denken. SPD

INHALT

DIE ZIELMARKEN SIND KLAR

4 EU und Japan wollen gemeinsames Handelsabkommen

GLOBALER AUSSTIEG AUS KLIMASCHÄDLICHEN STOFFEN

5 Europäisches Parlament stimmt für EU-Beitritt zum Kigali-Abkommen

AKTUELLE THEMEN UND NACHRICHTEN

6 **Licht und Schatten bei der Pflicht zur Steuertransparenz**
Konservative und Liberale verwässern umfassende öffentliche Berichterstattung multinationaler Unternehmen

7 **“Zeit, dass der Schleier fällt!”**
Meldepflicht für grenzüberschreitende Steuersparmodelle

7 **“Gewaltmonopol muss beim Staat bleiben”**
Europäisches Parlament fordert europaweite Regeln für private Sicherheitsunternehmen

8 **Reparaturen fördern - Schrott reduzieren**
Europäisches Parlament fordert längere Lebensdauer von Elektroprodukten

9 **Null Toleranz für Null-Stunden-Verträge**
Europäisches Parlament legt Initiativbericht zu prekärer Beschäftigung vor

10 **Erfahrungsbericht von Lea Zeidler**
Praktikum im Abgeordnetenbüro

Petra Kammerevert

VORWORT

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

das Europäische Parlament drängt weiter auf eine formale Suspendierung der Beitrittsgespräche mit der Türkei. Zu einer Aussetzung der Verhandlungen soll es aber nur kommen, wenn die türkische Regierung das Paket zur Verfassungsänderung unverändert umsetzt. Einem entsprechenden Initiativbericht der sozialdemokratischen Fraktion hat eine parteiübergreifende Mehrheit am 6. Juli zugestimmt. Mit der deutlichen Verschärfung der Kritik sendet das Europäische Parlament nicht nur einen politischen Warnschuss, sondern positioniert sich auch deutlich klarer als die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission.

Die immer schlechter werdenden innenpolitischen Zustände seit dem Putsch-Versuch im letzten Jahr darf die Europäische Union nicht länger ignorieren. Vor allem im Hinblick auf Rechtstaatlichkeit und Meinungsfreiheit hat sich die politische Lage dramatisch verschärft. Die in einem Referendum mit knapper Mehrheit beschlossene Verfassungsänderung würde endgültig die letzten demokratischen Kontrollmechanismen in der Türkei aushebeln.

Deshalb machen Beitrittsgespräche angesichts des Niedergangs von Demokratie und Rechtstaatlichkeit derzeit keinen Sinn. Zugleich dürfen wir aber nicht vergessen, dass viele Bürger trotz der einseitigen Kampagne der türkischen Regeierung gegen das Referendum und somit für die Demokratie gestimmt haben. Deshalb müssen wir diejenigen, die eine andere Türkei wollen, auch weiterhin mit voller Kraft unterstützen.

In diesem Sinne verabschiede ich mich in die parlamentarische Sommerpause. Gelegenheit auch für mich ein wenig auszuspannen, bevor es dann im August in den Endspurt des Bundestagswahlkampfes geht. Ich wünsche Ihnen einen schönen und erholsamen Sommer und würde mich freuen, den Einen oder die Andere im Wahlkampf erholt und vollen Tatendrang wieder zutreffen.

Ihre

Petra Kammerevert

INTERNATIONALER HANDEL

© Europäisches Parlament

„DIE ZIELMARKEN SIND KLAR“

EU und Japan wollen gemeinsames Handelsabkommen

Verhandlungspartner der Europäischen Union und Japan haben eine politische Absichtserklärung für ein gemeinsames Handelsabkommen abgegeben. Ein gutes EU-Japan-Abkommen könnte globale Standards für Arbeitnehmerrechte, Verbraucher und Umweltschutz untermauern und wirtschaftlich und politisch Chancen für die Europäische Union eröffnen. Es ist zudem ein wichtiges Zeichen für ein regelbasiertes Handelssystem und gegen den amerikanischen Protektionismus.

Aber eine politische Einigung ist nicht mit einem Abschluss der Verhandlungen gleichzusetzen, und bis zu einem guten Abkommen ist der Weg noch weit. Den Verhandlungsführern muss bewusst sein, dass wir Sozialdemokraten klare Ansprüche an das EU-Japan-Abkommen haben. CETA Plus ist mit all seinen Ergänzungen die Messlatte. Das erwarten wir - und deshalb werden wir der EU-Kommission in den kommenden Monaten weiterhin genau auf die Finger schauen und unsere Positionen einfordern.

Bei dem CETA-Abkommen mit Kanada haben vor allem wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament einen Standard etabliert, den wir im vorliegenden Abkommen weiter ausbauen wollen. So sind private Schiedsstellen (ISDS) bei einem Investitionsstreit für das Europäische Parlament bekanntermaßen inakzeptabel. Darüber sagt die politische Einigung noch nichts. Bei den Arbeitnehmerrechten bestehen wir auf einem überzeugenden Nachhaltigkeitskapitel, der Um-setzung der acht grundlegenden Arbeit-nehmerrechte der Internationalen Arbeitsorganisation mit effektiven Durchsetzungsmöglichkeiten. Japan hat bisher nur sechs der acht Kernrechte ratifiziert. Es steht zudem außer Frage, dass in einer Vereinbarung mit Japan ebenso wie in der mit Kanada weder das Vorsorgeprinzip noch unsere Daseinsvorsorge zur Debatte stehen.

Keine Experimente wird es ebenso beim Datenverkehr geben. Datenverkehr in digitalisierten Wertschöpfungsketten ist notwendig, aber solche Regelungen dürfen die EU-Gesetzgebung zum Datenschutz nicht unterlaufen. EU-Justizkommissarin Věra Jourová verhandelt derzeit mit der japanischen Seite über ein Datenabkommen, das erst Anfang 2018 fertig sein und dann in das Handelsabkommen integriert werden soll.

Ein Ende der Verhandlungen ist also lange noch nicht in Sicht. Das ist lediglich ein Zwischenschritt an dem wir wieder unsere Zielmarken setzen müssen, um erfolgreich Standards zu setzen. In den kommenden Monaten wird um die Details des Vertragstextes gerungen. Nur ein gutes Abkommen wird unsere Unterstützung und damit eine Mehrheit im Europäischen Parlament finden.

© Europäisches Parlament

GLOBALER AUSSTIEG AUS KLIMASCHÄDLICHEN STOFFEN

Europäisches Parlament stimmt für EU-Beitritt zum Kigali-Abkommen

Wichtiger Durchbruch für den Klimaschutz: Im Herbst 2016 einigten sich 197 UN-Staaten auf der internationalen UN-Konferenz in Kigali (Ruanda) darauf, die Verwendung der klimaschädlichen Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) einzudämmen. FKW sind zum Beispiel in Klimaanlagen, Kühlgeräten, Spraydosen oder Reinigungsmitteln zu finden. Der Beschluss sieht vor, dass ihre Verwendung künftig im Rahmen des sogenannten Montreal-Protokolls sukzessive zurückgefahren wird, und zwar weltweit!

FKW waren als Ersatz für Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und andere Stoffe, die die Ozonschicht schädigen, eingeführt worden. FCKW konnte durch das Montreal-Protokoll seit Ende der 1980er Jahre erfolgreich abgebaut werden. Allerdings stellte sich heraus, dass die als Ersatz verwendeten FKW auch nicht gerade klimafreundlich sind. Zwar schaden sie nicht der Ozonschicht, sind jedoch aktive Treibhausgase mit einem zum Teil tausendfachen Potenzial für die Erderwärmung im Vergleich zu Kohlendioxid. Daher verpflichten sich die UN-Staaten nun, auch die Verwendung dieser Stoffe drastisch und zügig einzudämmen. Das Europaparlament hat am 5. Juli mit großer Mehrheit nun den Weg für die Ratifizierung eines entsprechenden UN-Beschlusses frei gemacht.

Der Erfolg von Kigali ist aus Sicht der Europa-SPD ein großer Fortschritt für die internationale Klimapolitik. Die Erderwärmung kann dadurch um bis zu einem halben Grad Celsius reduziert werden, das Ziel des Pariser Abkommens rückt damit deutlich näher. Damit hat die Europäische Union ei weiteres Mal bewiesen, dass sie eine treibende Kraft im internationalen Klimaschutz sein kann.

Nach der Zustimmung durch das Parlament müssen noch die Mitgliedstaaten einwilligen. Die Umweltminister der EU-Staaten und die EU-Kommission haben bereits angekündigt, die Ratifizierung einzureichen, sobald alle Mitgliedstaaten den Ratifizierungsprozess durchlaufen haben. In 2019 soll der Kigali-Beschluss dann in Kraft treten. Voraussetzung ist, dass zu diesem Zeitpunkt mindestens 20 Vertragsparteien ratifiziert haben. Bisher haben vier Parteien dieses Verfahren abgeschlossen.

STEUERPOLITIK

© Europäisches Parlament

LICHT UND SCHATTEN BEI DER PFLICHT ZUR STEUERTRANSPARENZ

Konservative und Liberale verwässern öffentliche Berichterstattung multinationaler Unternehmen

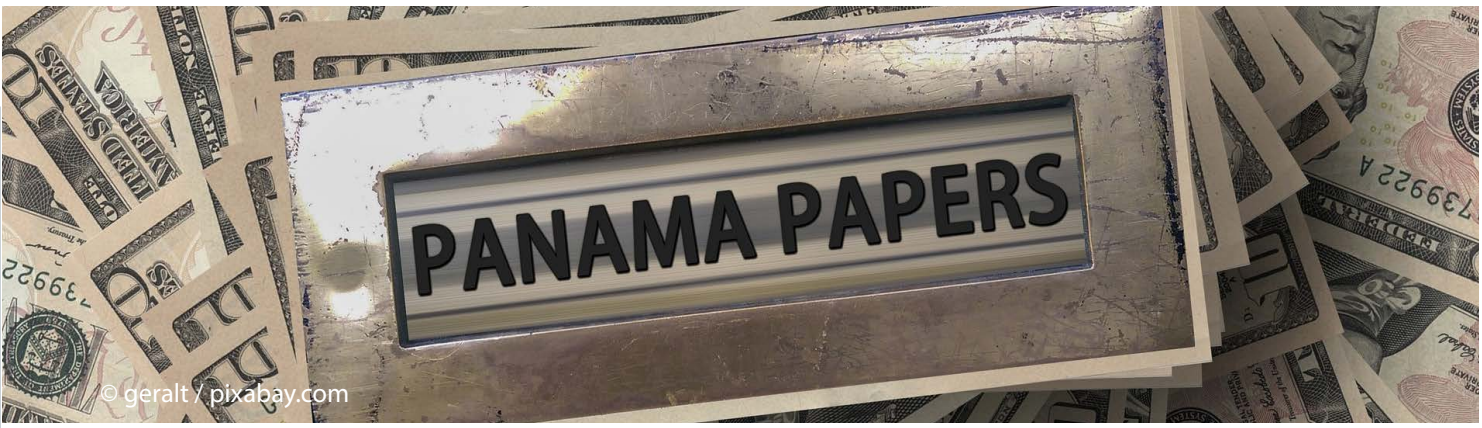
Jährlich gehen durch Steuervermeidung laut Europäischer Kommission 50 bis 70 Milliarden Euro an Einnahmen durch die Körperschaftssteuer verloren. Das Problem verschärft sich, da Großkonzerne immer komplexere und weniger transparente Steuermodelle entwickeln. Um dem einen Riegel vorzuschieben, sollen multinationale Unternehmen in Zukunft offenlegen müssen, wo sie welche Gewinne machen und wie viele Steuern sie in welchem Land zahlen. Das hat das Plenum des Europaparlaments am 4. Juli in Straßburg beschlossen.

Diese öffentliche Berichterstattung ist ein kosteneffektives Mittel, um die Transparenz der Unternehmen zu erhöhen. Außerdem werden so Steuerbehörden, Journalisten oder Bürgern Mittel an die Hand gegeben, um Regierungen und multinationale Unternehmen, die geheime Steuerdeals schmieden, zur Rechenschaft zu ziehen.

Dabei ist entscheidend, wie viele Unternehmen künftig zur Offenlegung verpflichtet werden. Kleine und mittlere Unternehmen sollen ausgenommen werden, damit der bürokratische Aufwand verhältnismäßig bleibt. Die Europäische Union nennt Firmen ab 40 Millionen Euro Jahresumsatz "Großunternehmen".

In den Abstimmungen fand dennoch unser sozialdemokratische Vorschlag, dass bereits Großunternehmen ab 40 Millionen Euro Jahresumsatz und nicht erst Konzerne ab 750 Millionen Euro die Karten offen legen müssen, keine Mehrheit. Dadurch wären allerdings circa 90 Prozent der Multis von den geplanten Berichtspflichten nicht betroffen. Außerdem haben die Konservativen und die Liberalen die Regeln für mehr Steuertransparenz stark verwässert, indem sie eine Ausstiegsklausel eingeführt haben, mit der einzelne Multis in Absprache mit einer Regierung der Pflicht zur länderspezifischen Berichterstattung auf unbegrenzte Zeit entkommen könnten.

Noch ist unser Kampf für mehr Transparenz nicht verloren. In den nun beginnenden Trilog-Verhandlungen des Parlaments mit Ministerrat und EU-Kommission werden wir uns weiter gegen Schlupflöcher in der Gesetzgebung stemmen. Nach den Verhandlungen muss das Ergebnis vom Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt werden, bevor die Richtlinie in Kraft treten kann.



© geralt / pixabay.com

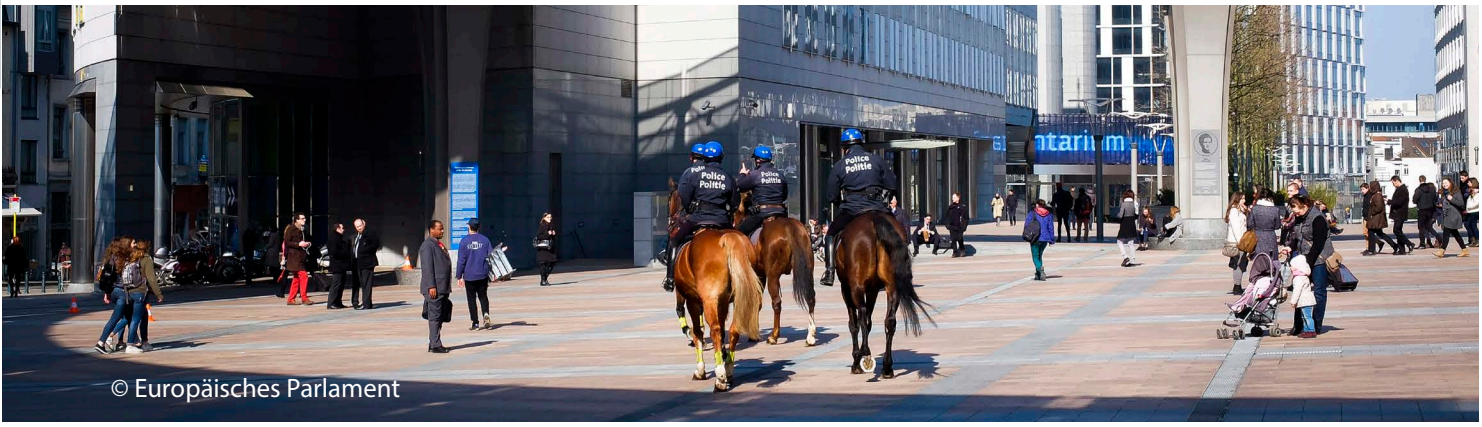
"ZEIT, DASS DER SCHLEIER FÄLLT!"

Meldepflicht für grenzüberschreitende Steuersparmodelle

Zukünftig sollen alle Vermittler von länderübergreifenden Strategien zur Steuervermeidung verpflichtet werden, ihre Steuersparmodelle auch an die Finanzbehörden zu melden. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag hat nun die Europäische Kommission am 21. Juni vorgelegt. Damit ist die EU-Kommission endlich unserer sozialdemokratischen Forderung nachgekommen, den willigen Helfershelfern aus dem Kreise der Banken, Anwaltskanzleien und Beratungsgesellschaften genauer auf die Finger zu schauen und endlich Licht ins Dunkle zu bringen.

In der Praxis vergehen Jahre bis entsprechende Steuerschlupflöcher entdeckt und geschlossen werden. Bis dahin profitieren die Vermittler von Steuersparmodellen und ihre Kunden auf Kosten der Allgemeinheit. Durch die Meldepflicht könnten die Länder jetzt unmittelbar reagieren und den Steuersparhahn schnell wieder zudrehen. Zudem könnte die Offenlegungspflicht dafür sorgen, dass aggressive Steuerplanung nicht mehr lohnenswert und salonfähig sein würde.

Wir können nur hoffen, dass es den üblichen Verdächtigen nicht gelingen wird, den Vorschlag zu blockieren oder zumindest so weit wie möglich zu verwässern. Wir Sozialdemokraten werden mit aller Kraft gegensteuern, denn für solche Geschäftsgebaren darf in Europa kein Platz mehr sein.


© Europäisches Parlament

"GEWALTMONOPOL MUSS BEIM STAAT BLEIBEN"

Europäisches Parlament fordert europaweite Regeln für private Sicherheitsunternehmen

Das Europaparlament hat am 4. Juli 2017 mit breiter Mehrheit einen Bericht zu privaten Sicherheitsunternehmen verabschiedet. Darin sprechen sich die Abgeordneten für EU-weite Regeln für den Einsatz privater Sicherheitsunternehmen aus. Demnach dürfen private Sicherheitsfirmen nur in klar definierten Grenzen zum Einsatz kommen. Die Beteiligung an Kampfeinsätzen und die Anwendung tödlicher Gewalt gehören nicht dazu. Das Gewaltmonopol muss unter allen Umständen beim Staat verbleiben. Deshalb brauchen wir klare Regeln für alle Akteuere.

Heutzutage übernehmen private Sicherheitsunternehmen bereits eine Vielzahl von Aufgaben innerhalb der EU. So unterstützen sie beispielsweise Regierungen und Behörden bei der Bewachung von Infrastruktur oder beim Betrieb von Gefängnissen. Zudem kommen sie beim Schutz der EU-Botschaften und bei europäischen Auslandsmissionen zum Einsatz. Einen EU-weiten rechtlichen Rahmen für den Einsatz privater Sicherheitsunternehmen gibt es bisher nicht. Daher ist es höchste Zeit eine gesetzliche Grundlage zuschaffen, damit es nicht zu einem europäischen „Blackwater-Skandal" kommt. Im September 2007 erschossen Angestellte der US-amerikanischen Sicherheitsfirma Blackwater in Bagdad 17 Zivilisten. Der Vorfall löste eine breite Diskussion über die Rolle privater Sicherheitsanbieter in Krisen und Konfliktregionen aus. Darüber hinaus soll die EU den Export privater Dienstleistungen im Sicherheits- und Militärbereich besser regulieren.

VERBRAUCHERSCHUTZ

REPARATUREN FÖRDERN - SCHROTT REDUZIEREN

Europäisches Parlament fordert längere Lebensdauer von Elektroprodukten

Neuanschaffung statt Reparatur - so verfahren viele Verbraucherinnen und Verbraucher, wenn Fernseher, Rasierer oder Fön den Geist aufgeben. Schließlich ist es in vielen Fällen günstiger oder einfacher, sich ein neues Gerät zu besorgen, anstatt das alte wieder in Ordnung bringen zu lassen. Zudem werden zunehmend preisgünstige Produkte gekauft, die in Schwellenländern hergestellt werden. Dadurch gelangen europäische Unternehmen, die eher langlebige Qualitätsprodukte anbieten, ins Hintertreffen. Eine Konsequenz: Für Hersteller von Elektroprodukten gibt es derzeit wenig Anreiz, ihre Produkte langlebig zu konzipieren. Die Umwelt- und Rohstoffbilanz qualitätsarmer Produkte fällt jedoch verheerend aus.

Deshalb setzen wir Sozialdemokraten uns für nachhaltige Produkte, für stärkere Verbraucherrechte und für die rohstoffschonende und damit eine umweltfreundlichere Produktion von Elektrogräten ein. Außerdem wollen wir Arbeitsplätze in Reparaturbetrieben sichern und neue schaffen. Mit der Annahme des Berichts für eine längere Lebensdauer von Produkten hat das Europäische Parlament am 4. Juli die Richtung für ein nachhaltigeres Wirtschaften vorgegeben.

Elektroprodukte, die in der Europäischen Union verkauft werden, sollen künftig eine längere Lebensdauer aufweisen. Um das zu erreichen, sollen Reparaturen erleichtert werden. Ersatzteile sollen einfacher erhältlich, Geräte einfacher reparierbar und einzelne Teile eines Geräts besser austauschbar sein. Außerdem sollen Hersteller Verbraucherinnen und Verbraucher besser darüber informieren, wie Produkte repariert werden können.

Einige konkrete Forderungen der Sozialdemokraten scheiterten leider am Widerstand der konservativen Mehrheit im Europäischen Parlament. Dabei ging es insbesondere um die Stärkung von Verbraucherrechten, etwa um eine Herstellergarantie. Diese könnte die zu erwartende Lebensdauer eines Produktes fixieren. Die konservativen Abgeordneten gaben sich leider auf Kosten von Umwelt- und Verbraucherschutz mit Lippenbekenntnissen zufrieden, anstatt die Gelegenheit zu nutzen, entscheidende Weichen für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu stellen.

Nun wird der Initiativbericht an den Europäischen Rat und die Europäische Kommission übermittelt. Damit wächst der Druck nun, entsprechende Gesetze vorzulegen.

© Europäisches Parlament

NULL TOLERANZ FÜR NULL-STUNDEN-VERTRÄGE

Europäisches Parlament legt Initiativbericht zu prekärer Beschäftigung vor

Mehr Ehrgeiz bei der Bekämpfung ausbeuterischer Arbeit - das fordern die Sozialdemokraten anlässlich der Annahme eines Initiativberichts zu prekären Beschäftigung am 4. Juli im Europaparlament.

In dem Bericht wird definiert, was genau mit dem Begriff prekäre Beschäftigung gemeint ist. Ein prekärer Job zeichnet sich demnach durch geringe bis gar keine Sicherheit des Arbeitsplatzes aus, etwa bei einigen befristeten Arbeitsverträgen, ungewollten und oft geringfügigen Teilzeitverträgen, nicht schriftlich festgehaltenen Verträgen oder bei undurchsichtigen Arbeitszeiten und wechselnden Arbeitsaufgaben. Prekäre Beschäftigung ist in aller Munde - oft ist aber unklar, welche ausbeuterischen Modelle tatsächlich dahinterstecken.

Die EU-Kommission habe zwar öffentlichkeitswirksam ihre Version einer Europäischen Säule Sozialer Rechte vorgelegt, aber im Detail agiere sie doch alles andere als sozial. Statt gerechtere Arbeitsplätze zu fördern, weicht die Kommission eher europäische Arbeitsschutzstandards weiter auf, etwa mit den Gesetzesvorschlägen zur Europäischen Dienstleistungskarte oder dem Vorschlag, LKW-Fahrten aus den Schutzvorschriften der Entsenderichtlinie herauszunehmen.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – etwa in Form von Null-Stunden-Verträgen, Scheinselbstständigkeit und ungewollter Teilzeitbeschäftigung – sind auf dem Vormarsch. So besitzen aktuell nur noch 59 Prozent der Arbeitnehmer in Europa Vollzeitverträge.

Gleichwertige Arbeit, gleiche Rechte und fairer Wettbewerb schützen Arbeitnehmer sowie die kleinen und mittleren Unternehmen, die in Europa die meisten Arbeitsplätze schaffen. Daher fordern wir, bei der aktuellen Überarbeitung der Entsenderichtlinie, das Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort' festzuschreiben und ein vorbehaltloses System der Solidarhaftung für die gesamte Kette von Unterauftragnehmern einzuführen.

© Moritz Deutschmann

ERFAHRUNGSBERICHT VON LEA ZEIDLER

Praktikum im Abgeordnetenbüro

Sucht man sich einen Masterstudiengang mit dem Titel „Affaires Européennes/ Politikwissenschaften“ aus, führt der Weg früher oder später fast zwangsläufig einmal nach Brüssel. Nach endlosen Vorlesungen und Büchern zu Europarecht, Europäischer Wirtschaftsintegration und Europa in der Krise, ist es irgendwann einfach Zeit für ein bisschen eigene praktische Erfahrung mit den Europäischen Institutionen. Zumindest ging mir das so. Denn erst wenn man tatsächlich vor Ort und Teil des Geschehens ist, wird einem bewusst, um was für einen „Apparat“ es sich bei der Europäischen Union eigentlich handelt.

Da ich mich schon seit Beginn meines Studiums für kulturpolitische Themen interessiere und diesen Bereich auch weiterhin vertiefen möchte, habe ich mich für ein Praktikum im Brüsseler Büro der SPD Europa-Abgeordneten, Petra Kammerevert, beworben. Als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament war sie genau für den Bereich meines Interessenschwerpunktes zuständig. Darüber hinaus war mir auch ihr stetiges Engagement für Programme, von denen ich selber profitiert habe - wie z.B. das Studentenaustauschprogramm Erasmus - sehr sympathisch. Einige Wochen später konnte ich schließlich dort anfangen.

Neben dem insbesondere in den ersten Tagen sehr imposant wirkenden Gebäude des Europäischen Parlaments mit seinen verschachtelten, verwirrend gleichaussehenden Büroräumen und Fluren, dem eigenen Frisör und Supermarkt, dem Filmstudio im dritten Stock und den Cafés in jedem Gebäudeteil, fand ich vor allem die Arbeitsweise der Angestellten und Abgeordneten faszinierend. Dass so viele Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nation, mit anderen Gebräuchen und Sitten, aus verschiedenen politischen Familien in 24 Amtssprachen unter einem Dach zusammen arbeiten und Politik machen können, grenzt an ein kleines Wunder. Natürlich läuft das Ganze nicht immer ganz so harmonisch und konfliktfrei ab. Im Laufe meines Praktikums habe ich Koalitionen und Oppositionen verschiedenster Art miterlebt, die je nach Politik- bzw. Themenbereich völlig verschieden sein können. Mal läuft die Kooperation fraktionsintern gut, mal ist sie nationenübergreifend besser. Mal sieht man sich mit einer starken Lobby konfrontiert, mal erhält man eine breite parlamentarische Mehrheit.

Um einen Überblick über die verschiedenen Ausschüsse, Positionen und internen Strukturen zu bekommen, braucht es ein bisschen Zeit. Zwar kannte ich mich mit dem europäischen Gesetzgebungsverfahren und dem Aufbau der Institutionen schon ganz gut aus, aber der Teufel steckt schließlich im Detail. So wusste ich zum Beispiel nicht, dass die zu bearbeitenden Maßnahmen und Themen im Ausschuss nach einem Punkteverfahren unter den Fraktionen aufgeteilt werden und dass einer Abstimmung über einen Gesetzentwurf im Plenarsaal hunderte von „technical meetings“ zwischen Assistenten, Arbeitsgruppen, Fraktionen und Parteikollegen vorausgehen. Sitzt man einmal in so einer Sitzung, weiß man warum das Gesetzgebungsverfahren so lange dauert. Jedes Wort und jeder Satz wird untersucht und auf die Waagschale gelegt. Und das ist erst der Anfang, denn nach der Beschlussfindung im Parlament beginnen die Gespräche bzw. „Triloge“ mit dem Rat bei denen alles wieder von vorne losgeht.

Petra Kammerevert und ihre Mitarbeiter hatten dabei immer ein offenes Ohr für Fragen und haben mich auch sonst als vollwertiges Mitglied in ihr Büro integriert. Neben der üblichen Büroorganisation und dem Beantworten von E-Mails und Bürgeranfragen, umfassten meine Aufgaben Recherchearbeiten zu Gesetzesvorhaben, das Verfassen von Pressemitteilungen, Themenbeiträgen und Redevorlagen sowie die Teilnahme an Konferenzen und Sitzungen. Dabei habe ich mich vor allem mit dem 30. Geburtstag des ERASMUS+-Programms, der Debatte zum Urheberrecht und dem Verordnungsvorschlag zum Europäischen Solidaritätscorps beschäftigt.

Insgesamt habe ich in meiner zweimonatigen Praktikumszeit wirklich viel gelernt und auch für mich persönlich viele gute Erfahrungen mitgenommen. Die Atmosphäre im Büro war stets offen und herzlich, sodass ich mich trotz neuer, unbekannter Stadt und Leute in Brüssel sehr wohl gefühlt habe. Dafür bedanke ich mich herzlich und kann ein Praktikum bei Petra Kammerevert auf das Wärmste weiterempfehlen.

Impressum

Petra Kammerevert MdEP
Herausgeberin

Lukas Paslawski
Redaktion und Layout

Europäisches Parlament
Fotos

Europabüro Petra Kammerevert MdEP
Kavalleriestr. 16, D-40213 Düsseldorf
Tel.: +49 (0)211 - 59807537 Fax: +49 (0)211 - 59807536
Email: info@petra-kammerevert.eu www.petra-kammerevert.eu

Folgen Sie Petra Kammerevert
www.facebook.de/petrakammerevert

Europa neu denken. SPD